

ANZEIGE

SONNTAG

DER WESERPARK.
BREMENS ERSTE SHOPPING-ADRESSE.

7.5. VON 13-18 UHR
VERKAUFSOFFENER SONNTAG
MIT GROSSER GEWERBESCHAU
OSTERHOLZ 6.+7.5.

WESERPARK

Harte Kritik an Bußgeld-Staffelung

Bremen. Der CDU-Landesverband kritisiert den Vorstoß der SPD, Bußgelder künftig nach dem Einkommen zu staffeln, und warnt vor den Konsequenzen einer solchen gesetzlichen Regelung. Denn eine solche Staffelung werde für einen großen Mehraufwand in den Verwaltungen sorgen, der außerdem hohe Kosten mit sich ziehen werde. Deshalb sei der Vorschlag praxisuntauglich und wenig sachgerecht, heißt es in einer CDU-Erklärung. Der SPD-Landesverband hatte am Dienstagabend mit knapper Mehrheit für den Antrag zur Ahndung von Straßenverkehrsordnungsverstößen nach dem Einkommen gestimmt. So könne verhindert werden, dass finanziell schwächere Menschen mehr belastet werden als solche, für die ein Bußgeld lediglich eine Lappalie darstelle. „Gerecht ist nicht, wenn man Ungleiches gleich behandelt“, sagte die Landesvorsitzende Sascha Aulepp. RÖH

Kommentar Seite 2/Bericht Seite 7



Mehr Windmühle geht nicht

Noch fehlt der Netzanschluss, aber der Adwen-Prototyp, der auf dem ehemaligen Flughafengelände Luneort aufgebaut wurde, beeindruckt auch so schon: Die Anlage hat einen Rotordurchmesser von 180 Metern und ist

damit die derzeit weltweit größte Offshore-Windmühle. Für den Bau des Testfelds, das zum Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik gehört, kamen vom Bund 18,5 Millionen Euro.

TEXT: PHA/FOTO: HERO LANG
Bericht Seite 17

ANZEIGE

MOONLIGHT SHOPPING

MORGEN BIS 24 UHR

Mit dem größten Vergnügen!

dodenhof

f @ | dodenhof.de | Die ShoppingWelt

Chance nutzen



Sara Sundermann
über Bremens Wachstum

Ende 2015 war selbst im entspannten Bremen ein Teil der Verwaltung zeitweise im Krisenmodus: Damals kamen so viele Flüchtlinge an, dass Notunterkünfte aus dem Boden gestampft werden mussten. Turnhallen wurden zu Schlafsälen, Zeltstädte entstanden. Der ganz große Zuzug hat inzwischen nachgelassen, viele Flüchtlinge holen jetzt ihre Familien nach. Bremens Politiker hatten sich das Wachstum der Stadt anders vorgestellt: Seit Jahren will man mehr Familien aus dem Umland nach Bremen locken. Nun wächst und verjüngt sich die Stadt durch Zuzug aus dem Ausland.

Das kann eine Chance sein, doch diese Chance muss durch eine kluge Stadtentwicklung stärker politisch gestaltet werden. Der Krisenmodus ist vorbei, die eigentliche Herausforderung besteht in der dauerhaften Integration. Dazu gehört, der räumlichen Spaltung der Stadt in Arm und Reich entgegenzuwirken. Bisher leben viele Flüchtlinge in Bremens ärmeren Randgebieten – das lässt aufhorchen.

Alle wollen lebendige, durchmischte Quartiere, das gehört zum Ideal einer europäischen Stadt. Wenn Bremen Gettobildung an den Rändern verringern will, dann sollte die Stadt bei einer neuen Nutzung zentraler Flächen stärker als bisher darauf setzen, dort Angebote für bezahlbares Wohnen und Orte für Bildung und Begegnung zu schaffen. Bericht Seite 8
sara.sundermann@weser-kurier.de

Bremen zögert bei Fahrverbot für Diesel

Senat will das Hamburger Modell noch nicht übernehmen – Zulassungszahlen für Selbstzünder stark rückläufig

VON KATHARINA ELSNER
UND ANNIKA GRAH

Bremen. Hamburg will Fahrverbote für Dieselauf zwei Straßen erlassen – und Bremen könnte nachziehen. „Wenn wir uns die Messwerte anschauen und sehen, dass sie signifikant überschritten werden, können wir ein Fahrverbot aussprechen“, sagt Jens Tittmann, Sprecher von Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne). Seit Jahren sind zu viele Stickstoffoxide in der Luft, sie entstehen bei Verbrennungsprozessen, vor allem in Dieselmotoren. In Bremen geht es dabei vor allem um den Verkehr rund um die Kreuzung Am Dobben. Bisher hat der Senator für Umwelt kein Fahrverbot für die Straße ausgesprochen, obwohl Bremen die rechtlichen Möglichkeiten dazu hätte. Das zeigen Gerichtsurteile und eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im November 2016. Dort heißt es, nach dem Straßenverkehrsrecht können von der Behörde „streckenbezogene Anordnungen“ getroffen werden, darunter auch ein Durchfahrtsverbot für bestimmte Dieselauf.

autos. Die Umweltschutzorganisation Deutsche Umwelthilfe (DUH) hatte unter anderem die Stadt Düsseldorf erfolgreich verklagt, weil dort immer wieder der Grenzwert überschritten wurde. Der liegt bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahresdurchschnitt. Die DUH forderte die Städte auf, ihre Luftreinhaltepläne umzusetzen. Diese Pläne müssen Städte erstellen, wenn zu viele Schadstoffe in der Luft sind. Bremen gehört dazu. Trotzdem bleiben die Stickstoffwerte weiter oben, im Gegensatz zum Feinstaub, der mit Einführung der Umweltzonen zurückgegangen ist.

Die Experten beim Senator für Umwelt seien deswegen lange ratlos gewesen, sagt Tittmann. Bis der Automobilhersteller VW mit seinen manipulierten Messungen aufgefallen sei und klar war, dass die Abgase der Diesel viel höher seien als gedacht. Tittmann weist deswegen die Schuld vom Umweltsenator. „Wir sind nicht die Bösen. Die Autoindustrie hat ihre Kunden und Bürger betrogen.“ Er zweifelt, ob der Vorstoß des Hamburger Senats Sinn macht, weil er nicht weiß, wie die Verbote funktionieren sollen.

Entweder werden Polizeikontrollen Staus verursachen oder der Senat müsste ein generelles Fahrverbot aussprechen.

Jan Dube, Sprecher des Senators für Umwelt in Hamburg, sagt, dass die Kontrolle bei Polizei und Ordnungsamt liege, die anfangs intensiver, später stichprobenartig Autos kontrollieren sollen. Wie genau sie das umsetzen werden, sei noch unklar.

Auch wenn Hamburg mit dem Vorstoß die Initiative ergreift, eine Sache vereint die Hansestadt mit Bremen und anderen Kommunen. „Sie warten“, sagt Dorothee Saar von der DUH. Entweder auf das Urteil des Verwaltungsgerichtes in Leipzig, das entscheidet, ob Düsseldorf tatsächlich Gebiete für Dieselfahrzeuge sperren kann.

Oder sie warten darauf, dass sich die Verkehrsminister der Bundesländer entschließen, eine blaue Plakette für Autos auf den Weg zu bringen. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat vorgeschlagen, dieses Abzeichen für Autos mit geringem Stickstoffoxid-Ausstoß zu verwenden. Die Verkehrsminister finden allerdings, die Plakette sei noch nicht entscheidungsreif. So steht es in

der Kleinen Anfrage der Grünen im Bundestag vom November 2016. In Bremen sei beim Senator für Umwelt diskutiert worden, eine rein bremische blaue Plakette einzuführen, sagt Tittmann. Das Problem: die Pendler. „Niedersachsen als Heimatland von VW sperrt sich dagegen, die Last tragen dann die Bremer.“ Denn hier wäre der größte Teil der Diesel betroffen. In Bremen gibt es 284 484 Pkw, jeder Dritte ein Diesel. Das zeigt die Statistik des Kraftfahrtbundesamtes vom Januar 2016. Von diesen 87 300 Dieseln erfüllen nur 11 139 die Euro-6-Norm. Für bessere Luft könnte aber bald nicht nur ein Fahrverbot sorgen. Der Diesel selbst ist immer weniger attraktiv, teilt das Kraftfahrtbundesamt mit. Im April sackte die Zahl der neu zugelassenen Fahrzeuge im Vergleich zum Vorjahresmonat ab, um 19,3 Prozent. Ein Grund war der schwächere Automarkt. Im bisherigen Jahresverlauf war der Rückgang bei den neuen Dieseln mit einem Minus von 8,1 Prozent aber auch spürbar. Die Unternehmensberatung Ernst & Young glaubt, dass sich der Abwärtstrend fortsetzt. Kommentar Seite 2

Von der Leyen fordert Aufklärung



Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen besuchte am Mittwoch die Kaserne von Franco A. in Illkirch-Gräfentaden.

FOTO: REUTERS

Illkirch. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will als Konsequenz aus der Affäre um den rechtsextremen Offizier Franco A. einen kritischen Blick auf die Disziplinarordnung der Bundeswehr werfen. Sie wolle schauen, „wo es Lücken gibt“, sagte von der Leyen am Mittwoch bei einem Besuch in einer Kaserne im französischen Illkirch. Dort war der inzwischen inhaftierte Oberleutnant Franco A. stationiert gewesen. Er steht im Verdacht, eine schwere staatsgefährdende Straftat vorbereitet zu haben.

Die Verteidigungsministerin sagte, sie wolle untersuchen, ob in diesem Fall sowie in den jüngsten Fällen von Mobbing und sexueller Demütigung wichtige Informationen nicht weitergegeben worden seien. An ihrer umstrittenen Äußerung zu Handlungsproblemen und Führungsschwäche in der Bundeswehr hielt die Ministerin fest. DPA

Bericht Seite 4

THEMA

Pinguins sind bei der WM auf Spielersuche

3

Die Eishockey-WM in Köln und Paris ist eine große Kontaktbörse. Auch die Fischtown Pinguins um Teammanager Alfred Prey sind ab Freitag vor Ort, um nach Verstärkungen Ausschau zu halten.

KULTUR

Gemeinsam auf der Bühne

19

Das „Mittenmang“-Theaterfestival Ende Mai zeigt Produktionen, die behinderte und nicht-behinderte Menschen miteinander erarbeitet haben. Die Veranstaltung findet am Theater Bremen statt.

SPORT

Werder und die Erfolgsserie

21

„Wir müssen stolz sein auf die Serie“, sagt Werder-Kapitän Zlatko Junuzovic. Nach elf Spielen ohne Niederlage rechnet sich seine Mannschaft auch am Freitag in Köln gute Chancen aus.

NIEDERSACHSEN

Fiesta löst den Golf ab

13

Der VW Golf ist nicht mehr das meistverkaufte Auto in Europa. Der Fiesta von Ford ist an der Mutter aller Kompaktwagen vorbeigezogen. Nach Berechnungen britischer Marktforscher wurden im März 2017 europaweit 47 263 Exemplare des Kleinwagens verkauft. Nur noch 46 795 Exemplare des Golf wurden neu zugelassen. Zum ersten Mal seit März 2010 hat der Wagen der Wolfsburger nicht mehr die Topposition inne.



Familienanzeigen 13,25
Fernsehen 28
Lesermeinung 24

Rätsel & Roman 27
Tipps & Termine 26
Veranstaltungsanzeigen 25

Staatsanwalt lud Journalisten vor

Hannover. Die Staatsanwaltschaft Hannover hat mehrere Journalisten als Zeugen in diversen Ermittlungsverfahren wegen Geheimnisverrats geladen. Sie hatten in der Vergangenheit aufgrund vertraulicher Vermerke und Informationen aus internen Sitzungen über mögliche Polizeipannen im Kampf gegen islamistischen Terror in Niedersachsen berichtet. Man sei aufgrund von mehreren Strafanzeigen aus dem Innenministerium tätig geworden, sagte Oberstaatsanwaltschaft Thomas Klinge am Mittwoch dem WESER-KURIER. „Diesen müssen wir nachgehen – unabhängig davon, ob dies aussichtsreich ist oder nicht.“ Die betroffenen Reporter lehnen nach eigenen Angaben alle eine Aussage ab; sie berufen sich auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht.

Die Landtagsopposition sprach am Tag der Pressefreiheit von dem „Versuch einer Einschüchterung von kritischen Journalisten“. Die rot-grüne Landesregierung müsse zügig klarstellen, „dass für sie die Einhaltung der Pressefreiheit samt Informantenschutz eine Selbstverständlichkeit ist“, forderte CDU-Parlamentsgeschäftsführer Jens Nacke. FDP-Fraktionsvize Stefan Birkner warf die Frage auf, ob bei den Durchstechereien in den Affären um Altbundespräsident Christian Wulff und den Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy ein ähnlicher Aufwand betrieben worden sei oder ob hier jetzt andere Maßstäbe gelten würden. HPM

Bericht Seite 14

KOPF DES TAGES

Thomas Spang



Inzwischen ist er einer der dienstältesten ausländischen Korrespondenten in den USA: Seit 1999 berichtet Thomas Spang aus Washington, aber auch aus den Bundesstaaten über

Politik und den „American Way Of Life“. An diesem Donnerstag können ihn unsere Leser direkt dazu befragen: Ab 19 Uhr steht er im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft Rede und Antwort. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist erbeten unter (0421) 36 71 66 16. JOE

LOTTO

6 aus 49 4 5 12 18 20 33 8

Spiel 77 5 8 3 5 3 3 Super 6 8 9 8 5 9 9

(Ohne Gewähr)

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag

11° 7° 80%

Verbreitet Regen

Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN



4 194176 301408

4 0018